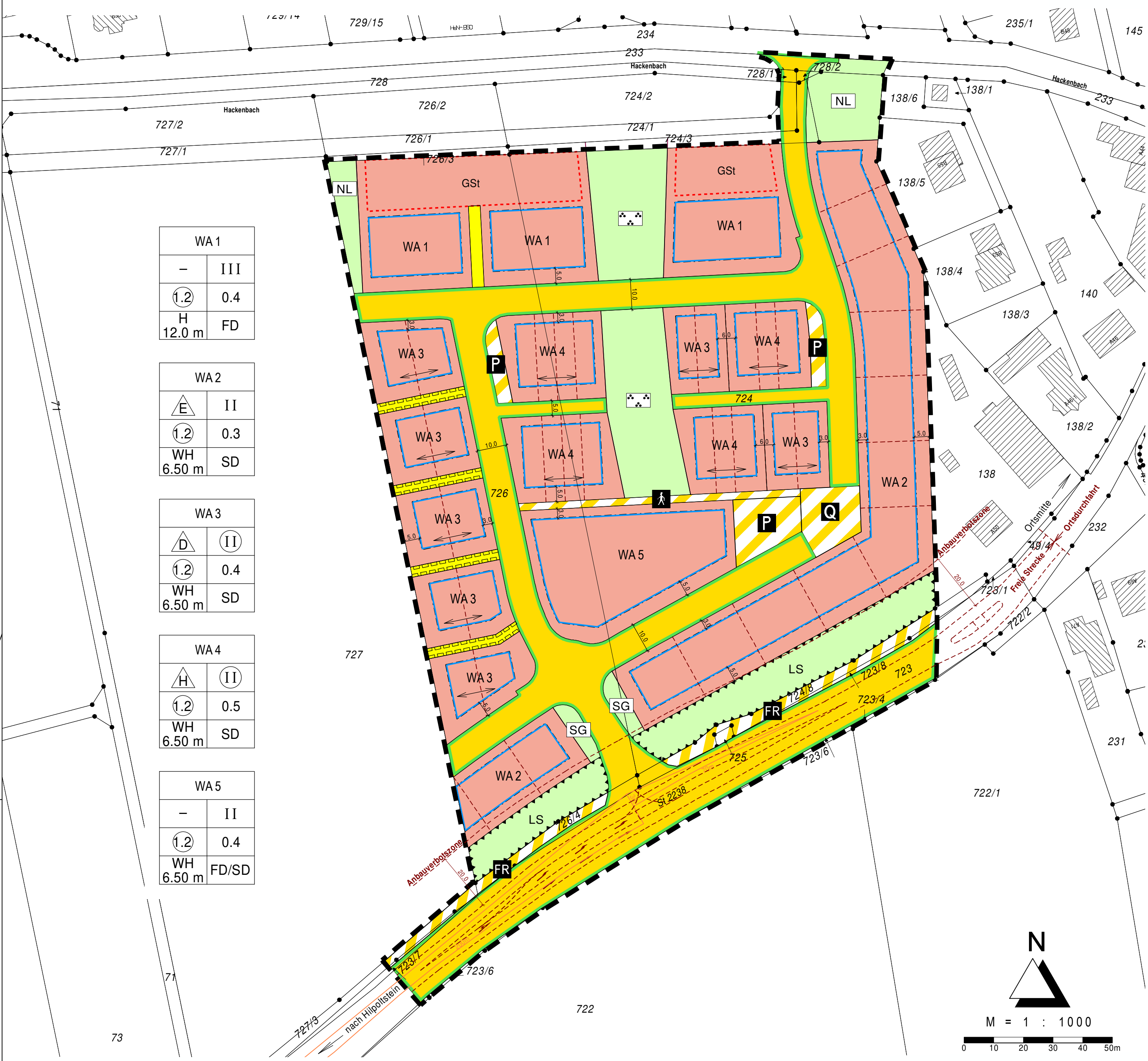
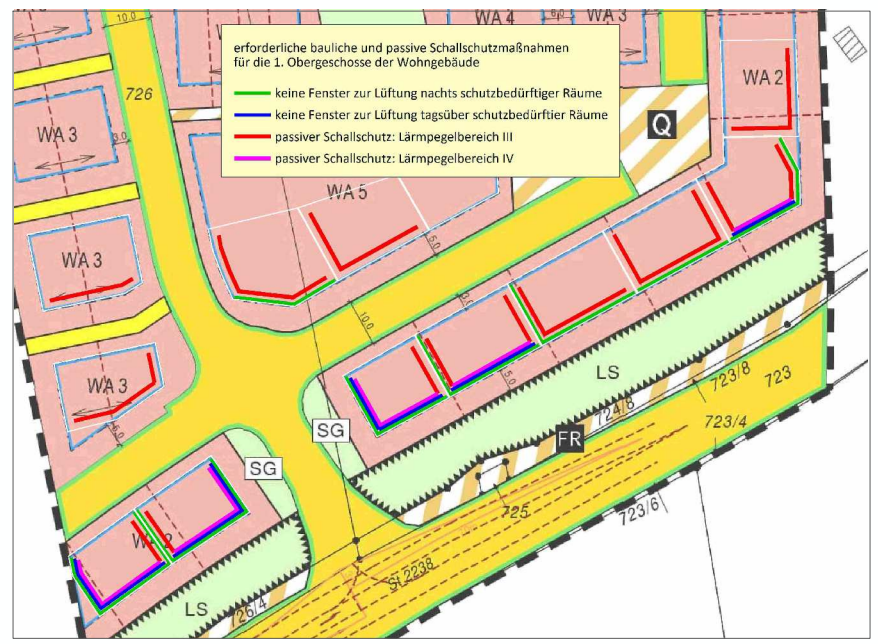
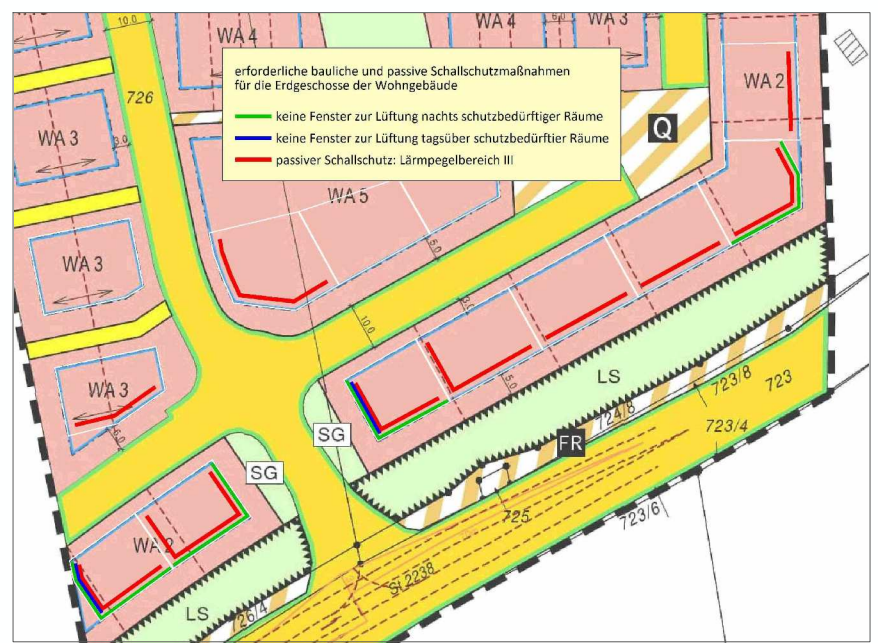


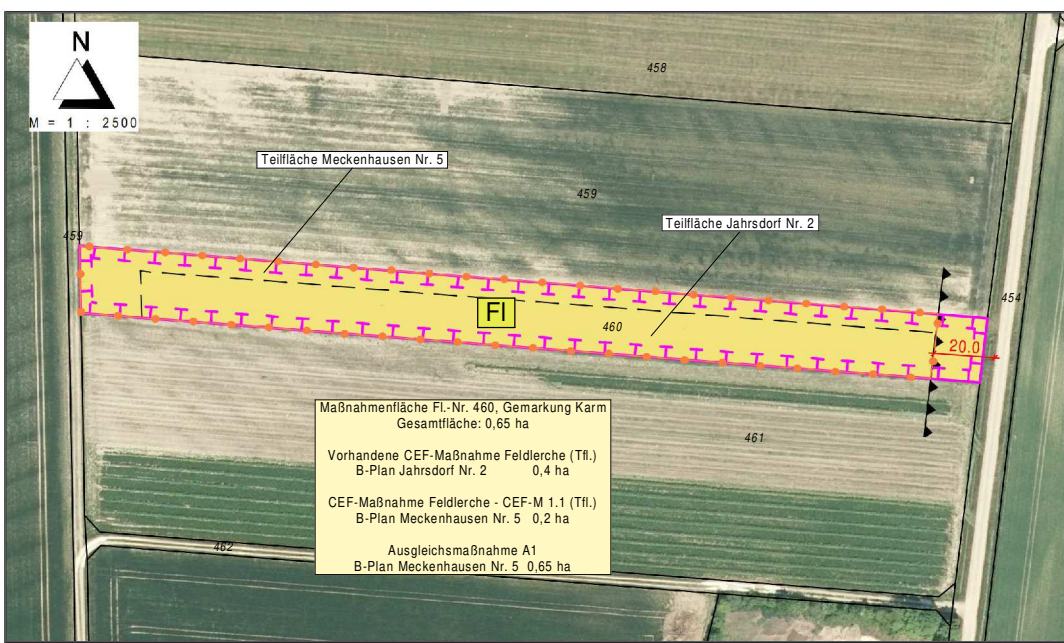
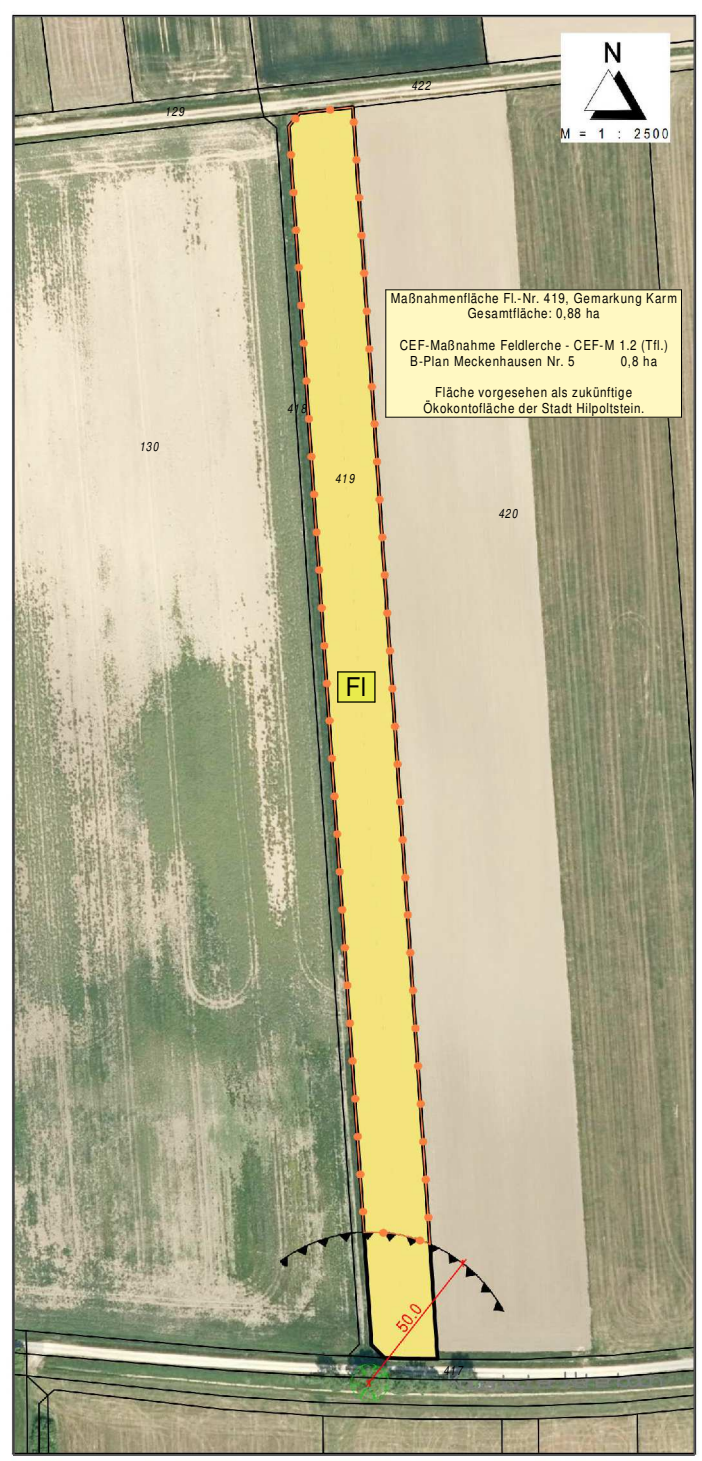
Bebauungsplan Meckenhausen Nr. 5 "An der Sindorsdorfer Straße"



Ergänzende Planzeichnungen Schallimmissionsschutz (vgl. textliche Festsetzung Nr. 7): (unmaßstäblich)



Ergänzende Planzeichnungen Externe Ausgleichsmaßnahme (vgl. textliche Festsetzung Nr. 5)



Zeichenerklärung Ausgleichsmaßnahmen	
	Anlage Wechselbrache für die Feldlerche
	Abgrenzung Ausgleichsmaßnahme A1
	CEF-Maßnahme Feldlerche CEF-M 1

Dieser Bebauungsplan enthält Festsetzungen nach:

Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. vom 01.01.2024, zuletzt geändert am 20.12.2023
BauNutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. vom 21.11.2017, zuletzt geändert am 03.07.2023
Planzeichenverordnung (PlanZV) i.d.F. vom 18.12.1990, zuletzt geändert am 14. Juni 2021
Bayerische Bauordnung (BayBO) i.d.F. vom 14.08.2007, zuletzt geändert am 29. Dezember 2024

I. Zeichnerische Festsetzungen

Festsetzungen nach BauGB und BauNVO

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

WA Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.2 Geschosßflächenzahl, als Höchstmaß

0.4 Grundflächenzahl

II Zahl der Vollgeschosse, als Höchstmaß

II Zahl der Vollgeschosse, zwingend

H Höhe baulicher Anlagen in Metern über natürlicher Geländeoberfläche, als Höchstmaß

WH Wandhöhe (Maß der traufständigen Wand bis zum Schnittpunkt mit Unterkante Dachhaut) in Metern über natürlicher Geländeoberfläche, als Höchstmaß

Bei der Ermittlung der Höhe baulicher Anlagen und der Wandhöhe dient der höchste Punkt der anliegenden natürlichen Geländeoberfläche als Bezugspunkt

Bauweise und überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

E Nur Einzelhäuser zulässig

D Nur Doppelhäuser zulässig

H Nur Hausgruppen (Reihenhäuser) zulässig

Baugrenze

Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB)

Umgrenzung der Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen

Zweckbestimmung:

GS Gemeinschaftsstellplätze

Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Straßenverkehrsflächen

Straßenbegrenzungslinie

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Zweckbestimmung:

P Parkplatz

Fußweg

Quartiersplatz (befahrbar)

FR Fuß- und Radweg

Private Verkehrsflächen

Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Öffentliche Grünflächen

Zweckbestimmung:

Parkanlage

NL Naturnahe Landschaft mit Regenwasserrückhaltung

SG Straßenbegleitgrün

Leitungsrecht zugunsten öffentlicher Versorgungsträger (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen

Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Umgrenzung der Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

Zweckbestimmung:

LS Lärmschutz

Räumlicher Geltungsbereich des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

Festsetzungen nach Landesrecht (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. Art. 81 Abs. 2 BayBO)

Dachformen der Hauptgebäude (Art. 81 Abs. 1 Nr. 1 BayBO)

FD Nur Flachdächer mit einer Neigung 0 - 10° zulässig

SD Nur Satteldächer mit einer Neigung 20 - 40° zulässig

Verbindliche Firstrichtung

Zeichnerische Darstellungen ohne Normcharakter

Bestehende Grundstücksgrenze

724 Flurnummer

Gebäude Bestand

Bemaßung

Geplante Grundstücksgrenzen

Geplanter Ausbau Staatsstraße 2238

Geplante Sichtfläche auf die Staatsstraße 2238

II. Textliche Festsetzungen

Festsetzungen nach BauGB und BauNVO

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO sind die nach § 4 Abs. 3 BauNVO im allgemeinen Wohngebiet ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht zulässig.

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO darf die zulässige Grundfläche im allgemeinen Wohngebiet durch die Grundflächen der in § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO bezeichneten Anlagen bis zu 50 vom Hundert überschritten werden, höchstens jedoch bis zu einer Grundflächenzahl von 0,7.

3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO darf die Länge von Baukörpern im Plangebiet 20 m nicht übersteigen. Ab 20 m Länge ist ein Versatz von mindestens 5 m Länge und 3 m Tiefe erforderlich.

4. Nebenanlagen auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen (§ 23 Abs. 5 BauNVO)

Gemäß § 23 Abs. 5 BauNVO sind auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen im Plangebiet Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und bauliche Anlagen nach Art. 6 Abs. 7 BayBO zulässig.

Zu öffentlichen Verkehrsflächen und zum planungsrechtlichen Außenbereich nach § 35 BauGB müssen Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und bauliche Anlagen nach Art. 6 Abs. 7 BayBO einen Abstand von mindestens 1,50 m einhalten.

Im Bereich der Anbauverbotszone entlang der Staatsstraße (diese beträgt 20,00 m, gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahndecke) bedarf die Errichtung von Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und bauliche Anlagen nach Art. 6 Abs. 7 BayBO einer Genehmigung der Straßenbaubehörde.

5. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20)

Vermeidungsmaßnahme V-M 1 – Freimachung des Baufeldes außerhalb der Brutzeit d.h. nur in der Zeit vom 1.10 bis 28.2.

Vermeidungsmaßnahme V-M 2 – Maßnahmen zum Schutz von Vögeln an großen Fenstern oder Glasfronten

Wenn Gebäude mit Glasfronten oder mit großen Fenstern errichtet werden, müssen Vorkehrungen getroffen werden, um Vogelschlag zu vermeiden. Hierzu zählen z.B. UV-Markierungen (Bird Pen) oder Aufkleber auf den Scheiben, spezielles, UV-Licht absorbierendes Glas, Jalousien oder Vorhänge, Muster auf den Scheiben usw. (siehe Broschüre des LfU (2010): Vogelschlag an Glasflächen vermeiden).

Vermeidungsmaßnahme V-M 3 – Schutz angrenzender Flächen

Die nördlich des Geltungsbereichs liegenden, abschnittsweise biotopkartierten Saum- und Gehölzflächen entlang des Hackenbachs sowie die straßenbegleitenden Bäume entlang der Ortsstraße Meckenhausen B sind während angrenzender Bauaktivitäten nach DIN 18392 bzw. den Richtlinien zum Schutz von Bäumen und Vegetationsbeständen bei Baumaßnahmen (RSB) vor Beeinträchtigungen zu schützen. Verdichtungen und Ablagerungen im Wurzel- und Traubereich sind zu unterlassen. Die Schutzmaßnahmen sind vor Beginn angrenzender Bauarbeiten einzurichten und während der gesamten Bautätigkeit funktionsfähig zu erhalten.

Ausgleichsmaßnahme A 1 – Nutzungsintensivierung und Strukturaneicherung nordwestlich bzw. nördlich von Karm

FL-Nr. 460, GmkK, Karm

Fläche: ca. 6.450 m², Aufwertung: 38.700 WP

Die intensiv als Acker genutzten Flächen sind aus der landwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen und zu einem Mosaik aus Bracheflächen, Blüh- und Saumstreifen zu entwickeln. Ziel ist die Entwicklung artenreicher Säume und Staudenfluren (Entwicklungsziel K132) sowie eine Verbesserung von Biodiversität, Boden- und Wasserhaushalt. Pflegehinweise siehe CEF-M 1.

Vorgezogene, artspezifische Ausgleichsmaßnahme – CEF-M 1 (Feldlerche): Anlage und dauerhafte Unterhaltung von Blühflächen, Wechselbrache oder Brachestreifen auf 1 ha

Zur Vermeidung einer Verschlechterung des lokalen Bestands der Feldlerche sind auf den FL-Nrn. 419 und 460 insgesamt ca. 1 ha Fläche als potentielles Bruthabitat herzurichten. Dies erfolgt durch Anlage und dauerhafte Unterhaltung von Wechselbrache, Blüh- und Saumstreifen.

Pflege- und Bewirtschaftungsvorgaben:

- Flächen einschließlich Pufferbereiche dauerhaft aus der intensiven Nutzung nehmen.

- Jährlich wechselweise Anlage von Brache und Blühstreifen; Selbstbegrünung zulassen.

- Keine Beweidung, keine Düngung, kein Pflanzenschutz.

- Bearbeitung max. 30 cm Tiefe.

- Blüh- und Saumstreifen mit artenreicher, mehrjähriger und einjähriger Saatgutmischung anlegen (z. B. Steinklee, Luzerne, Karde, Rainfarn, Kamille, Sommerwicke, Lein).

- Distelbekämpfung nur bei Bedarf, Mitte Juli, Hochmahd mit mind. 40 cm Schnitthöhe.

- Blüh- und Saumstreifen abschnittsweise in mehrjährigem Wechsel abschleigen, grubbern oder stehen lassen.

- Keine Beregung der Flächen.

Die Maßnahme ist zeitlich vor dem Eingriff umzusetzen und durch jährliche Pflege dauerhaft zu erhalten.

6. Nutzung der Solarenergie (§ 9 Abs. 1 Nr. 23b BauGB)

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 23b BauGB sind die nutzbaren Dachflächen der Hauptgebäude im Plangebiet zu mindestens 50 % mit Photovoltaikmodulen zur Nutzung der einfallenden solaren Strahlungsenergie oder Solarwärmekollektoren auszustatten. Ausgenommen von dieser Verpflichtung sind begrünte Dachflächen. Die genaue Bestimmung der nutzbaren Dachfläche richtet sich nach Art. 44a BayBO.

7. Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Zum Schutz vor Verkehrslärmimmissionen ist zwischen dem allgemeinen Wohngebiet und der Staatsstraße 2238 eine mindestens 4,5 m über Oberkante der Staatsstraße hohe aktive Lärmschutzmaßnahme zu errichten.

Für Wohn- und Schlafräume, die nach der DIN 4109-1:2018-01, Punkt 3.16 schutzbedürftig sind, ist je ein Fenster zur Raumlüftung in einem Fassadenbereich ohne Grenzverüberschreitungen vorzusehen. Die für Fensterlüftungen ungeeigneten Einwirkbereiche sind aus den beigefügten Planzeichnungen zum Schallimmissionsschutz ersichtlich, in denen zwischen tagsüber und/oder nachts schutzbedürftige Räume und die verschiedenen Geschosslagen unterschieden ist.

Anstelle Lüftungsfenster lärmabgewandt anzuordnen, lassen sie sich auch durch Schallschutzvorbauten, wie verglaste Balkone, Loggien, Prallscheiben etc. ausreichend schützen. Falls entsprechende schallschutzverträgliche Grundzustellungen oder Vorbauten nicht in jedem Fall umsetzbar sind, müssen technische Hilfsmittel (schalldämmtes, mechanisches Lüftungssystem, Einzellüfter) eine ausreichende und schalltechnisch verträgliche Be- und Entlüftung der schutzbedürftigen Räume sicherstellen.

Die schalltechnische Dimensionierung (Fenster, Wandaufbau, Dachaufbau und mögliche Vor- und Einbauten) muss unter Berücksichtigung der vorgegebenen Lärmpegelbereiche III und IV gemäß den vorgenommenen Planeinträgen den Anforderungen der DIN 4109-1 „Schallschutz im Hochbau“ vom Januar 2018 genügen.

Durch zusätzlichen aktiven Schallschutz entlang der Staatsstraße 2238 kann sich das Erfordernis passiver Schallschutzmaßnahmen im westlichen Bereich des Plangebietes reduzieren.

8. Anpflanzen von Bäumen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

Pflanzgebot A: Baumpflanzung ohne Standortbindung auf öffentlichen Flächen

Auf öffentlichen Flächen entlang der Erschließungsstraße sind zur Straßenraumergrünung mindestens 28 Laubbäume zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Zulässig sind Gehölze aus der Pflanzliste „Straßenbäume“

Pflanzgebot B: Baumpflanzung ohne Standortbindung auf privaten Flächen

Auf den privaten Bauparzellen des Wohngebiets ist je angefangene 500 m² mindestens ein hochstämmiger Laub- oder Obstbaum zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Zulässig sind Gehölze aus der Pflanzliste „Bäume auf Privatgrundstücken“.

Pflanzlisten

Nachfolgende Gehölze sind für die Pflanzung im Rahmen der Pflanzgebote zugelassen. Sie entsprechen einer landschaftsplanerischen Vorauswahl geeigneter Laubgehölze. Nach vorheriger Abstimmung mit dem Landratsamt Roth können auch andere heimische, standortgerechte Bäume gepflanzt werden. Soweit möglich ist gebiets eigenes Pflanzmaterial zu verwenden; gentechnisch veränderte Pflanzen sind unzulässig.

Pflanzliste „Straßenbäume“

Pflanzqualität (mind.): Hochstamm, 3x verpflanzt, Stammumfang 16-18 cm

Laubbäume (mittel- bis großkronige Baumarten):

- Acer platanoides Spitz-Ahorn (auch als Sorten 'Cleveland'/Deborah)
- Alnus x spaethii Purpur-Erle
- Carpinus betulus Hainbuche
- Fraxinus excelsior 'Westhof's Glorie' Nichtfruchtende Straßen-Esche
- Ostrya carpinifolia Hopfenbuche
- Prunus padus 'Schloss Tiefurt' Trauben-Kirsche 'Schloss Tiefurt'
- Sorbus aria Echte Mehlbeere (auch als Sorte 'Magnifica')
- Ulmus x hollandica 'Lobel' Lobel-Ulm/ Schmalkronige Stadt-Ulme

Pflanzliste „Bäume auf Privatgrundstücken“

Pflanzqualität (mind.): Hochstamm, 3x verpflanzt, Stammumfang 14-16 cm

Verpflanzte Obstbäume, Hochstamm, Stammlänge mind. 1,8 m, Stammumfang 12-14 cm

Laubbäume (mittel- bis großkronige Baumarten):

- Acer campestre Feld-Ahorn
- Acer platanoides Spitz-Ahorn
- Alnus glutinosa Schwarz-Erle
- Betula pendula Sand-Birke
- Carpinus betulus Hainbuche
- Fraxinus excelsior Gemeine-Esche
- Prunus padus Vogel-Kirsche
- Prunus padus Trauben-Kirsche
- Sorbus aucuparia Eberesche
- sowie Obstbäume alter regionaltypischer Sorten

Festsetzungen nach Landesrecht (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. Art. 81 Abs. 2 BayBO)

9. Bauliche Form von Doppelhäusern und Hausgruppen (Art. 81 Abs. 1 Nr. 1 BayBO)

Bei Doppelhäusern und Reihenhäusern, die in gleicher Flucht stehen, sind die Traufe auf gleicher Höhe zu führen, die Dächer neigungsgleich auszuführen und das Material sowie die Farbe der Dacheindeckung, der Rinnen und der Blechverankerungen identisch zu wählen.

Bei Doppelhäusern und Reihenhäusern, die im seitlichen Versatz zueinander stehen, sind die Traufe auf gleicher Höhe zu führen, die Dächer neigungsgleich auszuführen und der Dachvorsprung in gleicher Länge auszubilden.

Einzel genehmigte Doppelhaushälften und Reihenhäuser setzen den baulichen Maßstab für die nachfolgend genehmigte, dazugehörige Bebauung.

10. Dachformen der Auf- und Anbauten sowie Nebengebäude (Art. 81 Abs. 1 Nr. 1 BayBO)

Bei untergeordneten Auf- und Anbauten (Gauben, Windfänge, Erker, Wintergärten etc.) sowie bei Garagen, Carports und sonstigen Nebengebäuden im Plangebiet ist die Dachform frei wählbar.

Im WA 2 müssen Garagen und Carports an Grundstücksgrenzen, die ganz oder teilweise zusammengebaut sind, dieselbe Dachform und Dachneigung aufweisen. Einzel genehmigte Garagen und Carports setzen den baulichen Maßstab für die nachfolgend genehmigten Garagen und Carports.

11. Begrünung von flachen und flachgeneigten Dächern (Art. 81 Abs. 1 Nr. 1 BayBO)

Gemäß Art. 81 Abs. 1 Nr. 1 BayBO sind flache und flachgeneigte Dächer (Neigung 0 - 19°) von Haupt- und Nebengebäuden im Plangebiet mit einer Begrünung zu versehen. Diese Festsatzung gilt nicht für untergeordnete Auf- und Anbauten (Gauben, Windfänge, Erker, Wintergärten etc.).

12. Stein-, Schotter- und Kiesgärten (Art. 81 Abs. 1 Nr. 5 BayBO)

Gemäß Art. 81 Abs. 1 Nr. 5 BayBO sind Stein-, Schotter und Kiesgärten über 2 m² Grundfläche je Baugrundstück im Plangebiet nicht zulässig.

13. Einfriedungen (Art. 81 Abs. 1 Nr. 5 BayBO)

Gemäß Art. 81 Abs. 1 Nr. 5 BayBO werden Einfriedungen am öffentlichen Straßenraum im Plangebiet auf eine Höhe von 1,40 m über anliegende Oberkante Straße bzw. Gehweg begrenzt.

Am öffentlichen Straßenraum sind Mauern, Gabionen und Kunststoffgeflechte als Einfriedungen unzulässig. Bauliche Einfriedungen mit Zäunen dürfen am öffentlichen Straßenraum nicht blickdicht ausgeführt werden. Bauliche Einfriedungen sind dort sockelfrei und mit einem Abstand von 15 cm über dem Boden zu errichten.

Zum planungsrechtlichen Außenbereich nach § 35 BauGB müssen bauliche Einfriedungen einen Abstand von mindestens 1,50 m einhalten.

III. Hinweise

1. Landwirtschaftliche Emissionen

Die Bauwerber werden darauf hingewiesen, dass sich auch bei einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der an das Plangebiet angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen landwirtschaftliche Emissionen (wie Geruch, Staub und Lärm) ergeben können. Diese sind in dem ländlich geprägten Planungsraum als ortsüblich anzusehen und innerhalb des Plangebietes hinzunehmen.

2. Auffinden von Bodendenkmälern

Wer Bodendenkmäler auffindet, ist gemäß Art. 8 Abs. 1 Satz 1 BayDSchG verpflichtet, dies unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde beim Landkreis Roth oder dem Landesamt für Denkmalpflege in München anzuzeigen.

3. Regenwasserzisternen

Zur Sammlung und Nutzung von Niederschlagswasser (insbesondere für die Gartenbewässerung) wird die Errichtung von Regenwasserzisternen empfohlen. Der Zisternenüberlauf kann an den geplanten Oberflächenwasserkanal angeschlossen werden.

Der Bau von sogenannten Grauwasseranlagen ist gemäß § 13 Abs. 3 Trinkwasserverordnung (TrinkwV) der Kreisverwaltungsbehörde – Abteilung Gesundheit – anzuzeigen. Die Anlagen müssen der DIN 1988 bzw. EN 1717 entsprechen und nach den Regeln der Technik ausgeführt werden. Die Anlagen sind von einem autorisierten Fachbetrieb abzunehmen.

4. Wild abfließendes Oberflächenwasser

Den Bauherren wird empfohlen, Gebäude bis 25 cm über Gelände konstruktiv so zu gestalten, dass in der Fläche abfließender Starkregen nicht eindringen kann. Insbesondere sollten Hauseingänge und Lichtschächte gegen eintretendes Oberflächenwasser geschützt werden (z.B. durch OK FFB ca. 25 cm über Geländeneiveau).

IV. Verfahrensvermerke

1. Die Stadt Hilpoltstein hat in der Sitzung vom ____2025 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am ____2025 ortsüblich bekannt gemacht.

2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB für den Vorentwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom ____2025 hat in der Zeit vom ____2025 bis ____2025 stattgefunden.

3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für den Vorentwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom ____2025 hat in der Zeit vom ____2025 bis ____2025 stattgefunden.

4. Der Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom ____2025 wurde gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom ____2025 bis ____2025 im Internet veröffentlicht und gleichzeitig öffentlich ausgelegt.

5. Zu dem Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom ____2025 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom ____2025 bis ____2025 beteiligt.

6. Die Stadt Hilpoltstein hat mit Beschluss des Stadtrats vom ____2025 den Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom ____2025 als Satzung beschlossen.

Hilpoltstein, den _____

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

7. Ausgefertigt Hilpoltstein, den _____

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

8. Der Satzungsbeschluss zu dem Bebauungsplan wurde am ____gemäß § 10 Abs. 3 Halbsatz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan mit Begründung wird seit diesem Tag zu den üblichen Dienststunden im Rathaus zu jedermanns Einsicht bereitgehalten und über dessen Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten. Auf die Rechtsfolgen des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB und die §§ 214 und 215 BauGB wurde in der Bekanntmachung hingewiesen.

Hilpoltstein, den _____

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)

Markus Mahl, Erster Bürgermeister (Siegel)